

ULD • Postfach 71 16 • 24171 Kiel

Präsident des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein (LRH)
Herrn Dr. Aloys Altmann
Postfach 3180
24030 Kiel

nachrichtlich:
Vorsitzender des Finanzausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn MdL Günter Neugebauer
Landeshaus
24105 Kiel

Holstenstraße 98
24103 Kiel
Tel.: 0431 988-1200
Fax: 0431 988-1223
Ansprechpartner/in:
Herr Dr. Weichert
Durchwahl: 988-1200
Aktenzeichen:
LD – 10.01/01.015

Kiel, 02.09.2009

Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Herrn MdL Martin Kayenburg, Landeshaus,
24105 Kiel

Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Peter Harry Carstensen, Düsternbrooker
Weg 104, 24105 Kiel

**Wahl des Landesbeauftragten für Datenschutz Schleswig-Holstein, Finanzausstattung des
Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz (ULD)**

Ihr Schreiben vom 06.08.2009 an die nachrichtlich genannten Empfänger dieses Schreibens,
Az. LRH 1/10, LT-Umdruck 16/4600

Sehr geehrter Herr Altmann,

Sie haben sich „aus Anlass einer bevorstehenden Wahl des Landesbeauftragten für Datenschutz“ mit dem in der Bezugszeile genannten Schreiben an den Landtagspräsidenten und den Ministerpräsidenten, nachrichtlich an den Vorsitzenden des Finanzausschusses gewandt. Dieses Schreiben von Anfang August habe ich gestern, also am 01.09.2009, erstmals in die Hand bekommen. Um es freundlich auszudrücken: Dieses Schreiben hat mich befremdet, wenden Sie sich doch als Rechnungshofspräsident anlässlich der Wahl des Leiters des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz (ULD), ohne hinsichtlich dieser Wahl eine Funktion zu haben, an Organe des unabhängigen Souveräns und an den Regierungschef. Andererseits habe ich mich darüber gefreut, weil ein solches Schreiben den demokratischen Diskurs – auch über die Wahl des ULD-Leiters – befördern kann. Ein direkter Dialog zwischen Ihnen und dem ULD über die Finanzausstattung des ULD hat ja leider, trotz meines Angebots, in den letzten 4 Jahren nicht stattgefunden, ebenso wenig natürlich über die personelle Besetzung der ULD-Leitung.

Nicht gefreut und mehr als irritiert war ich über den weiteren Inhalt Ihres Schreibens. Zweifellos

teile ich Ihr Anliegen „vor dem Hintergrund der katastrophalen Haushaltslage des Landes“ Ausgaben des Landes einzusparen und die verausgabten Mittel so effektiv wie möglich einzusetzen. Um insofern keine kostenträchtigen Fehler zu machen oder keine kostenträchtigen unnötigen Diskussionen zu führen, sollten sich alle Beteiligten an den Fakten orientieren.

Dies gelang dem Landesrechnungshof schon nicht bei seiner Organisationsprüfung und den daraus resultierenden Bemerkungen 2006 unter Nr. 34, weshalb sich das ULD veranlasst sah, mit Schreiben vom 23.01.2006 an Sie die falschen Feststellungen und Annahmen des LRH richtig zu stellen und, nachdem diese von Ihnen öffentlich gemacht wurden, auch öffentlich richtig zu stellen:

<https://www.datenschutzzentrum.de/presse/20060519-rechnungshof.htm>

<https://www.datenschutzzentrum.de/allgemein/20060519-rechnungshof.htm>

Richtig ist, dass der Landtag beschlossen hat, „mit Blick auf die Finanzlage des Landes und die herausragende Bedeutung des Datenschutzes eine Beratung darüber aufzunehmen, welche Aufgaben ... dem ULD künftig gesetzlich zugewiesen werden sollen“. Nicht richtig ist dagegen Ihre Behauptung, dass diese Beratung nicht abgeschlossen worden sei.

Trotz der klaren Faktenlage sah sich der LRH in einer Presseerklärung vom 25.01.2008 veranlasst, eine Personalreduzierung des ULD im Haushaltsplan von 26 auf 10 Stellen zu fordern. Auch dieser öffentlichen Forderung war insofern wiederum keine Kommunikation mit dem ULD vorangegangen. Erneut musste ich Ihre Forderung öffentlich zurückweisen:

<https://www.datenschutzzentrum.de/presse/20080125-rechnungshof.htm>

Mit Schreiben vom 28.01.2008 informierte ich die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen und der Gruppe des SSW sowie den Vorsitzenden des Finanzausschusses, nachrichtlich auch Sie, ausführlich, weshalb die Wiederholung falscher Argumente diese nicht richtig machen.

Obwohl Sie Ihre Behauptung, die Beratung der Finanzausstattung des ULD müsse nochmals erfolgen, anlässlich der Erörterung des 30. Tätigkeitsberichtes des ULD im Finanzausschuss noch einmal vortragen, sah sich schon damals der Ausschuss nicht veranlasst, dieses Thema erneut aufzugreifen.

Die Haushaltslage hat sich m.W. nicht wegen der Ausgaben des ULD „dramatisch verschärft“. Vielmehr war es dem ULD möglich, durch Drittmittelfinanzierung und Tätigkeiten außerhalb dessen, was Sie fälschlich „Pflichtaufgaben“ nennen, zusätzlich zu den 27 Planstellen 15 Personen einzustellen, deren Tätigkeit und insbesondere deren Mitteleinwerbungen durch Synergieeffekte auch der Erfüllung der „Pflichtaufgaben“ zugute kam und weiterhin kommt.

Dies habe ich Ihnen wie auch den Landtagsfraktionen ausführlich erläutert. Gerade die katastrophale Situation des Datenschutzes, insbesondere im nichtöffentlichen Bereich, macht es angesichts der katastrophalen Finanzlage des Landes nötig, die wenigen Ressourcen so effektiv wie möglich

einzusetzen um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. Ich erlaube mir, Sie darauf hinzuweisen, dass jüngst wegen der unbestrittenen Datenschutzkontrolldefizite in vielen Ländern, anders als in Schleswig-Holstein, Stellenzuweisungen in erheblichem Umfang vorgenommen wurden und werden.

Wie Sie zweifellos wissen, hat sich das ULD immer dafür eingesetzt, durch Dienststellenkooperationen Synergien und optimierte Ressourcenverwendungen anzustreben. Daher habe ich auch die Diskussion über die Zusammenlegung der Datenschutzbeauftragten in Hamburg und Schleswig-Holstein nachhaltig gefördert (zuletzt 31. Tätigkeitsbericht 2009, Kap. 1.3). Ich musste aber leider zur Kenntnis nehmen, dass die Überlegungen von der Landesregierung Schleswig-Holstein verworfen wurden, dass es massive Widerstände in der Dienststelle meines Hamburgischen Kollegen gab und dass deshalb der Hamburgische Senat dieses zunächst angestrebte Ziel nicht weiter verfolgt. Ich kann Ihnen versichern, dass dessen ungeachtet in vielen Bereichen eine enge Kooperation mit dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit im Interesse effektiver Ressourcennutzung erfolgt.

Ich gehe davon aus, dass das ULD im Hinblick auf die neue Legislaturperiode den zuständigen Stellen des Landes Vorschläge machen wird, wie aus unserer Sicht angesichts der Finanz- und der Datenschutzkatastrophen eine Zieloptimierung möglich ist.

Für Gespräche stehe ich bereit.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thilo Weichert